aus, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auch im Interesse der westdeutschen Bevölkerung liegt und wenden uns deshalb an die Bevölkerung in Westdeutschland. Wir fragen die Arbeiter im Hamburg und Essen: Ist es nicht gut für sie, wenn beide deutsche Staaten ein Übereinkommen über das Verbot der Atomrüstung treffen und die Rüstungsausgaben begrenzen? Die westdeutschen Werktätigen könnten dann allein in diesem Jahr von der zusätzlichen Bürde einer Steuererhöhung von vier Milliarden D-Mark befreit werden.

Wäre es vielleicht ein Nachteil für die westdeutschen Unternehmer und Kaufleute, wenn die Spannungen beseitigt und normale Wirtschaftsbeziehungen ohne Diskriminierung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland hergestellt würden? Die westdeutschen Unternehmer würden über gesicherte Aufträge verfügen und weniger Sorgen um den Absatz ihrer Produktion haben.

Welchem westdeutschen Bürger könnte es schaden, wenn die Reisepässe unserer Republik, so wie das international üblich ist, anerkannt würden und die Bürger unseres Staates ohne Behinderung durch Westdeutschland in die Länder fahren könnten, die diese Pässe anerkennen?

Jeder westdeutsche Bürger, der an einem Leben in Frieden interessiert ist, könnte durch die Verwirklichung unserer Vorschläge nur gewinnen. Der Prozeß des Umdenkens, des Erkennens und Einstellens auf die realen Gegebenheiten, der Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik, im Interesse des gegenseitigen Vorteils, ist auch in Westdeutschland auf die Dauer nicht aufzuhalten. Das sollten endlich auch jene begreifen, die ihren eigenen Wahnvorstellungen erlegen sind und glauben, Verhandlungen ausweichen zu können, weil die Deutsche Demokratische Republik sich in einer Krise befände und kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Die böswilligsten Verleumdungen verbreiten sie schon über dreizehn Jahre lang. Aber durch diese Lügen kann die stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Deutschen Demokratischen Republik nicht aus der Welt geschafft werden.

Vor einigen Tagen hat der westdeutsche CDU-Abgeordnete Majonica behauptet, unsere Wirtschaftspolitik sei eindeutig gescheitert. Möge dieser Mann, anstatt solchen Unsinn zu verbreiten, an den er selbst nicht glaubt, lieber den Mut zu einer Reise in die Deutsche Demokratische Republik aufbringen, wo er sich überall davon überzeugen kann, daß unsere Wirtschaft blüht und gedeiht, wie das auch die Beratungen auf diesem Parteitag so überzeugend beweisen. (Beifall.)